

**Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 14.02.2006**

Vorlage Nr. 05-F-01-0087

Sprachbarrieren im Publikumsverkehr des Amtsbereichs Integration (Ausländerbehörde, Einwohnermeldeamt und Integrationsamt)  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.10.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, im Einwohnermeldeamt -Einbürgerung- in verschiedenen Fremdsprachen (z. B. Türkisch, Russisch, Französisch...)

Hinweisschilder anzubringen und/oder Informationsblätter vorrätig zu halten, aus denen erkennbar ist, an welcher Stelle (z. B. Caritasverband, AWO) eine sachkundige Beratung in der jeweiligen Landessprache angeboten wird,

sog. "Waschzettel" vorrätig zu halten, auf denen nach alltäglicher Ämtererfahrung gängige Hinweise für entscheidungsrelevante Angaben und Unterlagen aufgelistet sind, die von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern im jeweiligen Einzelfall für den Klienten markiert werden können.

Der Magistrat wird ferner gebeten festzustellen, in welchen sonstigen Amtsbereichen solche Regelungen ebenfalls sinnvoll sind mit dem Ziel, sie auch dort zu realisieren.

Begründung:

Dem Vernehmen nach gibt es nicht selten im Einbürgerungsbereich so starke Verständigungsschwierigkeiten, dass es nicht einmal möglich ist, darüber aufzuklären, wo im näheren Umkreis fachkundige Beratung in der Landessprache des Interessenten angeboten wird. Ein entsprechendes Informationsblatt wäre geeignet, sowohl für das Klientel wie für die Sachbearbeitung Erleichterungen zu schaffen – eventuelle analphabetische Besucherinnen und Besucher einmal ausgenommen.

Gleiches gilt für das Hilfsmittel "Waschzettel", der sich anderenorts auch bei deutschsprachigen Zielgruppen zur Verbesserung des Bürgerservice und zur Arbeitserleichterung der Verwaltung längst bewährt hat.

---

**Beschluss Nr. 0013**

1. Der Ausschuss stellt zunächst fest, dass der vorstehende Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 08.11.2005 als Prüfauftrag angenommen wurde.
2. Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht von Herrn Stadtrat Grella zur Kenntnis.
3. Der Antrag hat durch die Berichterstattung seine Erledigung gefunden.

4. Herr Stadtrat Grella wird den Ausschuss darüber hinaus unaufgefordert über mögliche Fortschritte oder Änderungen informieren.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2006

Müller  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2006

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2006

Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl  
Oberbürgermeister